

## BFB-POSITIONEN

# Elementar für das Gemeinwohl

Unter dem Titel „Freie Berufe: Für jeden Einzelnen – die Zukunft ist unsere Verantwortung“ hat der BFB gemeinsam mit seinen Mitgliedsorganisationen die Erwartungen der Freien Berufe formuliert.

Die Kernforderungen:

### Für ein Bekenntnis zu den Freien Berufen

#### Der BFB fordert,

- im Sinne einer ausgewogenen, die Bürgerinteressen respektierenden Gesamtpolitik politische Ziele wie den Gemeinwohlgedanken und auch die Nachhaltigkeit in allen politischen Ressorts zu verankern. Ebenso sind eine Gemeinwohl- wie auch eine Nachhaltigkeitsbetrachtung für Gesetzesvorhaben vorzusehen, die die Auswirkungen auf diese beiden Aspekte beschreiben.
- die Freien Berufe politisch und gesellschaftlich entsprechend ihrer kontinuierlich gewachsenen Bedeutung zu berücksichtigen. Heute sind allein bei den 1,45 Millionen selbstständigen Freiberuflern rund 4,3 Millionen Personen beschäftigt – doppelt so viele wie vor zwei Jahrzehnten. Dies muss noch stärker in den Fokus der Entscheidungsträger rücken.
- dass die Bundesregierung dem Deutschen Bundestag einen Bericht zur Lage der Freien Berufe vorlegt, der insbesondere den Beitrag für das Gemeinwohl und ihren gesellschaftlichen Stellenwert zum Gegenstand hat, wie er sich gerade auch in der Corona-Krise erneut erwiesen hat.

### Für einen hohen Verbraucherschutz die Qualität der Selbstverwaltung erhalten und den freiberuflichen Rechtsrahmen stärken

#### Der BFB fordert,

- funktionierende, dem Verbraucherschutz und der Qualitätssicherung dienende Elemente (Selbstverwaltung, Kosten- und Honorarordnungen, Regelungen zu Fremdkapital, zur Rechtsform und den Schutz der Verschwiegenheit) zu erhalten, sie im Bedarfsfall weiterzuentwickeln und darüber hinaus – wo geboten – auf weitere Berufsgruppen auszuweiten.
- den hierzulande gewachsenen Qualitätswettbewerb nicht einem schrankenlosen Preiswettbewerb zu opfern.
- das Gesamtsystem der Freiberuflichkeit nicht dadurch auszuhöheln, dass Kompetenzen auf die staatliche Ebene zurückverlagert werden, sondern im Gegenteil die Leistungsstärke der Selbstverwaltung noch mehr zu nutzen.
- verschiedene Kompetenzsphären auch künftig sauber voneinander abzugrenzen und der Selbstverwaltung ausreichenden Handlungs- und Gestaltungsspielraum zu geben, um gemeinwohlorientiert die gesetzlichen Aufträge mit hoher Fachkompetenz eigenverantwortlich erfüllen zu können.
- sicherzustellen, dass gerade das Gemeinwohlinteresse, der Verbraucherschutz, das hohe Qualitätsniveau und die freiberufliche Unabhängigkeit beim Einsatz von Fremdkapital gewährleistet bleiben.

## Für eine Stärkung der Freien Berufe im EU-Dienstleistungsbinnenmarkt

### Der BFB fordert,

- sich auf europäischer Ebene weiter dafür einzusetzen, dass unterschiedliche Regulierungskonzepte per se nicht als Hindernis für die Vertiefung des Binnenmarkts missverstanden werden; dass Berufsregulierungen (siehe auch 2.) zum Schutz von Qualität, Gemeinwohl und Verbraucherschutz als notwendig erkannt und erhalten werden; dass deren Bewertung ausschließlich eingebettet im jeweiligen nationalen Kontext als sinnvoll anerkannt wird.
- anzuerkennen, dass der gebräuchliche Produktivitätsbegriff nicht für freiberufliche Dienstleistungen konzipiert ist. Dies verhindert den objektiven Vergleich zwischen der Produktivitätsentwicklung von Gütern und Dienstleistungen. Freiberufliche Dienstleistungen werden persönlich erbracht, sind nur sehr begrenzt delegierbar, können im Gegensatz zu Gütern nicht gelagert, nicht standardisiert und automatisiert erbracht werden und haben einen unersetzbaren Wert für die Gesellschaft.
- auf eine europaweit umfassende und belastbare statistische Datenerhebung zu den Freien Berufen nach einheitlichen und sachgerechten, insbesondere nicht rein ökonomisch orientierten Standards hinzuwirken. Diese ist zwingende Grundvoraussetzung für die Beurteilung von Handlungsbedarf im europäischen Binnenmarkt.
- sich auf europäischer Ebene für eine Legaldefinition der Freien Berufe einzusetzen.
- die Europäische Kommission dabei zu unterstützen, bei der Verwirklichung des Binnenmarkts für Dienstleistungen vor allem auf die Umsetzung, Anwendung und Durchsetzung des bestehenden Unionsrechts zu setzen, statt neue Legislativvorhaben zu initiieren. Europäische Gesetzesvorgaben dürfen keinesfalls weitere bürokratische Hürden für Freiberufler einführen.
- gegenüber der Europäischen Kommission gerade mit Blick auf das Funktionieren der Binnenmarktvorschriften für einen frühzeitigeren, transparenteren und lösungsorientierten Dialog einzutreten, indem wieder verstärkt auf EU-Pilotverfahren gesetzt wird.

## Für eine Ermöglichung von Beteiligung allerorten

### Der BFB fordert,

- gleichwertige Lebensverhältnisse in Deutschland verstärkt anzustreben und bei dieser strukturpolitischen Herausforderung die Funktion der Freien Berufe als Standortfaktor einzigartiger Güte anzuerkennen und zu berücksichtigen.
- ressortübergreifend und als Querschnittsaufgabe von Bund, Ländern sowie Kommunen allen Bürgern den Zugang zu bestimmten Infrastrukturen und Angeboten der Daseinsvorsorge zu ermöglichen, seien es die Versorgung mit Gesundheitsdienstleistungen, der Zugang zum Recht, grundständige Bildungs- und Kulturangebote, aber auch die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit.



## Für mehr Vertrauen in den Staat

### Der BFB fordert,

- außergewöhnliche Grundrechtseingriffe, wie während der Corona-Krise, zeitlich zu begrenzen und dabei die Verhältnismäßigkeit zu wahren. Die parlamentarische Kontrolle muss dabei zu jedem Zeitpunkt gewährleistet werden.
- Fake News, Desinformationskampagnen und Radikalisierung entschieden entgegenzutreten, einen pluralistischen gesellschaftlichen Diskurs zu fördern und durch effektive Strafverfolgung sowie Durchsetzung des Rechts jeglichen Extremismus zu bekämpfen.
- sich auf europäischer Ebene kompromisslos für Rechtsstaatlichkeit, gegen Radikalisierung und Desinformationskampagnen einzusetzen.
- die Dienstleistungsfunktion des Staats in den Vordergrund zu stellen und bürokratiearme Online-Lösungen für mehr seiner Verwaltungsleistungen voranzutreiben, auch durch eine zeitnahe Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes.
- Datenschutz, Unternehmens-, Verbraucherfreundlichkeit und den Abbau von Bürokratie auch bei digitalen Lösungen mitzudenken; existierende Hybridlösungen aus Papier und Elektronik zu beseitigen.

## Für ein Verständnis von Datenschutz als Schlüsselfaktor

### Der BFB fordert,

- anzuerkennen, dass Datenschutz essenziell ist für unsere Demokratie, er verbürgt Integrität und sorgt für Vertrauen. Dazu zählt auch, die Bürger zu einem überlegten Umgang mit ihren personenbezogenen Daten und persönlichen Informationen zu ermuntern.
- einen ausreichenden Schutz insbesondere persönlicher sensibler Daten zu gewährleisten. Dies gilt insbesondere im Zusammenhang mit länderübergreifenden Daten-



banken. Die Verarbeitung derartiger Daten darf nur im Einklang mit den gesetzlichen Grundlagen und dem Einverständnis der Betroffenen erfolgen, wobei hohe rechtliche und technische Schutzstandards gewährleistet sein und die nötige Transparenz bestehen müssen.

- dass der Schutz des Berufsgeheimnisses unbedingten Vorrang vor der Erfüllung etwaiger Informationspflichten gegenüber dem Staat oder pauschalen Forderungen nach totaler Transparenz auf Kosten der Persönlichkeitsrechte hat.
- die besonderen Datensicherheits- und Datenschutzanforderungen der Freien Berufe beim Übergang ins Digitalzeitalter zu berücksichtigen, indem etwa der Schutz der Vertraulichkeit grundsätzlich und insbesondere für Berufsgeheimnisträger garantiert wird.



## Für eine transparente KI als Kern der Digitalisierung

### Der BFB fordert,

- Effizienzgewinne der Digitalisierung in Einklang mit dem Erhalt von Qualität und Gemeinwohl zu bringen. Hierbei gilt es zu berücksichtigen, dass mittels Digitalisierung Prozesse effizienter gestaltet werden können.
- Effizienzgewinne auch für die Freien Berufe und nicht auf deren Kosten zu schaffen.
- einen Ausgleich zwischen Ethik und Technik zu erreichen, da viele KI-gestützte Systeme ethisch schwierige Entscheidungen treffen. Hier können etwa die Vorschläge des Deutschen Ethikrats wertvolle Impulse liefern.

- gerade für alle Personen, die KI-Systeme entwickeln oder anwenden, einen algorithmischen Eid zu formulieren, um unser auf Normen und Rechten fußendes Wertefundament in der digitalen Welt zu verankern.
- sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene Regeln und Standards zu setzen, um eine transparente KI zu ermöglichen. Dabei muss gewährleistet werden, dass eine freiberufliche Leistung nur von einem Freiberufler persönlich sichergestellt werden kann. KI kann ihn dabei unterstützen.
- kein Haftungsvakuum entstehen zu lassen. Daher müssen Entscheidungsprozesse nachvollziehbar gestaltet sowie Verantwortlichkeiten für Ergebnisse definiert und konkretisiert werden.
- Aspekte der hohen Qualität der Dienstleistung, welche die Freien Berufe in ihren Regulierungen verbrieft, auch bei der Nutzung von KI zu garantieren.

## Für Nachhaltigkeit als Querschnittsdisziplin

### Der BFB fordert,

- berufliche Qualifikationen als notwendige Voraussetzung für nachhaltiges Unternehmertum nicht nur anzuerkennen, sondern auch stärker zu fördern.
- anzuerkennen, dass die Freien Berufe durch ihren Gemeinwohlbezug damit vertraut und durch ihre herausragende Innovationskraft dazu befähigt sind, einen besonderen Beitrag für nachhaltiges Wirtschaften zu leisten.
- ressourcen- und umweltschonende Produkte und Verfahren zu fördern, indem ökonomische, ökologische und soziokulturelle Nachhaltigkeit als Qualitätsmerkmale etabliert werden; eine nachhaltige Rohstoff- oder Ressourcenwirtschaft mit Anreizen zu flankieren.



## Für eine Neujustierung der sozialen Sicherung

### Der BFB fordert,

- um Scheinselbstständigkeit zu begegnen, das Statusfeststellungsverfahren von selbstständiger und nicht selbstständiger Arbeit rechtssicher weiterzuentwickeln, insbesondere durch transparente, schnelle sowie nachvollziehbare Verfahren bei den zuständigen Behörden, effektive Rechtsbehelfs- und Schlichtungsmechanismen und die Definition von Kriterien, die eine klare Abgrenzung ermöglichen.
- das Drei-Säulen-System der Altersvorsorge beizubehalten, indem die zweite und dritte Säule, die betriebliche Altersvorsorge und die private Vorsorge (zum Beispiel im Sinne eines Schutzvermögens), als gleichberechtigte Vorsorgezweige für Selbstständige gefördert und ausgebaut werden.
- für alle bisher nicht obligatorisch abgesicherten Selbstständigen Wahlfreiheit bezüglich der Vorsorgeform zu ermöglichen.

- die bewährten und funktionierenden berufsständischen Versorgungswerke der Freien Berufe zu erhalten und rechtssichere Regeln für die Abgrenzung zur gesetzlichen Rentenversicherung vorzusehen, welche auch dem Gesichtspunkt des Vertrauensschutzes bei Tätigkeitswechseln stärker als bisher Rechnung tragen.

## Für einen atmenden Arbeitsrahmen

### Der BFB fordert,

- anzuerkennen, dass orts- und zeitflexible Arbeitsformen bei fortschreitendem Einsatz digitaler Technologien gerade den betrieblichen Alltag der Freien Berufe berühren. Hierbei sind Datenschutzstandards mitzudenken, das Berufsgeheimnis zu garantieren und Bürokratie zu vermeiden.

## Für die Mobilisierung von Fachkräften als Voraussetzung einer innovativen Wirtschaft

### Der BFB fordert,

- berufliche und akademische Bildung gleichermaßen zu stärken und nicht in Konkurrenz zueinander zu stellen.
- eine moderne digitale Bildungsinfrastruktur mit einer „Digitalen Agenda“ für eine modernere Schulbildung aufzubauen, zu der vor allem Konzepte mit systematischen Lernzielen zählen. Ebenso wichtig ist eine Strategie zur Vermittlung von digitalen Kompetenzen in der dualen Ausbildung. Qualitätsorientierte Inhalte und bewährte pädagogische Konzepte müssen auch in einer Welt des digitalen Lernens aufrechterhalten werden.
- die Berufsorientierung für angehende Schulabgänger durch schulische Berufsberatung der Abschlussklassen und digitale Informationsplattformen flächendeckend auszubauen.





- einen weiteren Digitalpakt zwischen Bund und Ländern für die technische Ausstattung von Berufs- und Fachschulen, Lehrkräften und Schülern, für die Sicherstellung einer laufenden Wartung und Modernisierung der technischen Infrastruktur und für die Stärkung digitaler Lehrmethoden in der Aus- und Weiterbildung der Lehrkräfte zu schließen.
- Voraussetzungen für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie besonders in ländlichen Regionen zu schaffen und Selbstständigen und Angestellten in Vollzeit eine zeitlich ausreichende, auch die Tagesrandstunden umfassende wohnortnahe Kinderbetreuung auch für Grundschüler anzubieten.
- Konzepte zu entwickeln, die die theoretische Wissensvermittlung für Auszubildende in Pandemiefällen ermöglichen.
- trotz Fachkräftebedarf Qualität und Bildungsniveaus zu sichern und keinen „race to the bottom“ bei Qualifikationen zuzulassen. Auch bei der Prüfung von Berufsqualifikationen muss gelten: Gründlichkeit vor Schnelligkeit.
- die Attraktivität der dualen Ausbildung weiter zu stärken, indem beispielsweise die Ausbildungs- und Fortbildungsverordnungen inhaltlich – wo geboten – modernisiert, jedoch nicht durch formale Vorgaben überfrachtet und weiter verkompliziert werden.
- ein aussagekräftiges Fachkräfte-Monitoring einzuführen, das die Identifizierung regionaler und fachlicher Engpässe ermöglicht.
- die Chancen des europäischen Binnenmarkts zu nutzen, indem Möglichkeiten eines europäischen Austauschs und Weiterbildungsprogramme (Erasmus+) stärker in Anspruch genommen werden.
- erforderliche Visa-Erteilungen zu beschleunigen.





## Für mehr Gründergeist an einem lebendigen Standort

### Der BFB fordert,

- die gesellschaftliche Wertschätzung von Unternehmertum zu fördern, Selbstständigkeit als Erwerbsform vorurteilsfrei bereits im Schulunterricht sowie bei der Berufsorientierung vorzustellen, insbesondere Examssemester über die Option der Selbstständigkeit zu informieren und auch die wesentlichen Grundzüge der Freiberuflichkeit zu vermitteln.
- den Gründerzuschuss für alle Gründer zu öffnen und nicht ausschließlich auf Arbeitslose zu fokussieren.
- gerade für Kleinstgründer Finanzierungsalternativen und Finanzierungsinstrumente zu entwickeln, die stärker auf die Bedürfnisse von Freien Berufen zugeschnitten sind, etwa indem Soft Skills besser berücksichtigt werden. Auch sollte der Zugang zu Mikrokrediten verbessert werden.

- die Vernetzung zwischen Nachfolgesuchenden und Nachfolgewilligen auszubauen, zu fördern und unnötige bürokratische Hürden abzubauen.

- einen ressortübergreifenden Rahmen zu schaffen, in dem politische Weichenstellungen für Gründer und Nachfolger koordiniert und aufeinander abgestimmt werden.

## Für eine effiziente Rechtssetzung

### Der BFB fordert,

- grundsätzlich Vertrauen in die Rechtstreue von freiberuflich geführten Unternehmen zu fassen.
- auf ein zusätzliches Unternehmensstrafrecht zu verzichten, da dieses für eine angemessene, verhältnismäßige Sanktionierung von Unternehmen weder geboten noch erforderlich ist. Eine Unterwanderung des unbedingten Berufsgeheimnisses ist nicht hinnehmbar.

- handels- und steuerrechtliche Aufbewahrungsfristen zu verkürzen. Die Pflicht sollte einheitlich für das Handels-, das Steuer- sowie das Sozialrecht fünf Jahre betragen.
  - generell keine zusätzlichen Aufzeichnungspflichten für Arbeitgeber bei der Arbeitszeit einzuführen.
  - durch angemessene Fristen betroffenen Kreisen die Gelegenheit zu geben, Gesetzesvorhaben aufmerksam zu prüfen und qualifizierte Einschätzungen vorzulegen (Stichwort „Praxischeck“). Denn Gesetze sollten vorab bestmöglich abgewogen werden, um anschließend nicht in den Reparaturbetrieb gehen zu müssen. Mit gut abgewogenen Gesetzen funktioniert der Rechtsstaat am besten: Aus diesem Grund wäre eine grundsätzlich einheitliche Konsultationsfrist von mindestens vier Wochen zielführend.
  - eine angemessene Konsultationsfrist von mindestens vier Wochen für Stellungnahmen zu konkreten Fragestellungen während des Gesetzgebungsverfahrens zu gewähren.
  - eine ausreichende Vorlaufzeit zu Expertenanhörungen in den Ausschüssen des Deutschen Bundestags zu gewähren, die ebenfalls die Ausgewogenheit und inhaltliche Qualität der einzuholenden Expertise in den Vordergrund rückt. Eine grundsätzliche Frist von vier Wochen wäre auch in diesem Zusammenhang angezeigt.
  - Normadressaten angemessene Fristen zur Umsetzung neuer gesetzlicher Anforderungen einzuräumen, die dem jeweiligen erforderlichen Anpassungsaufwand angemessen sind.
  - bestehende Gesetze noch intensiver zu evaluieren.
  - zu beachtende Vorschriften verständlich zu formulieren und Dokumentationspflichten zu verschlanken.
  - den Nationalen Normenkontrollrat nicht nur Kosten von Gesetzen projizieren zu lassen, sondern auch als Instrument der Qualitätssicherung in der Gesetzgebung zu nutzen.
  - einen Normenkontrollrat auf europäischer Ebene zu etablieren.
  - bei EU-Gesetzgebungsverfahren darauf zu achten, das Subsidiaritäts- und Verhältnismäßigkeitsprinzip einzuhalten. Insbesondere sollte die Wahl der Verordnung statt der Richtlinie als Rechtsinstrument zurückhaltender als in den letzten Jahren erfolgen, um den Mitgliedstaaten die Möglichkeit zu geben, europäische Vorgaben passgenau in ihr nationales Recht zu überführen.
- 
- ## Für eine ausbalancierte Steuerpolitik
- ### Der BFB fordert,
- die Besteuerung von Freiberuflern nicht zu verschärfen.
  - die Freien Berufe auch weiterhin von der Gewerbesteuer auszunehmen. Dies ist unverändert gerechtfertigt, da Freiberufler durch ihre Leistungen zur Daseinsvorsorge beitragen und damit Teil der kommunalen Infrastruktur sind. Zudem entrichten die Freien Berufe durch die Einkommensteuer einen fairen und vergleichbar hohen Beitrag.
  - digitale Innovationsgüter, die als immaterielle Wirtschaftsgüter entgeltlich erworben werden, über drei Jahre abzuschreiben.
  - dass die AfA-Tabellen kürzere Abschreibungsdauern für digitale innovative Wirtschaftsgüter vorsehen.
  - die Sofortabschreibung für geringwertige Wirtschaftsgüter (GWG) auf 1.000 Euro anzuheben sowie die Poolabschreibung abzuschaffen.
  - Investitionen in Maßnahmen des Datenschutzes und der Datensicherheit steuerlich angemessen zu berücksichtigen.
-